

Die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung Angolas nach dem Ende des Bürgerkrieges

Willi Haan
FES – Angola
November 2004

Kolonialzeit, Misswirtschaft und ein 30jähriger Bürgerkrieg hinterließen nach dem Friedensschluss 2002 ein ruiniertes Land:

- Die chaotische "Entkolonisierung" hinterließ ein Land ohne Humankapital, die nachfolgende Elite etablierte sich unter dem Mantel einer "marxistisch-leninistischen" Ideologie als autoritär kontrollierende *Petro-Nomenclatura*.
- Die wirtschaftliche Infrastruktur ist sowohl aufgrund direkter Kriegseinwirkung als auch durch systematische Vernachlässigung und Misswirtschaft zerstört.
- Städte und ehemals wichtige Produktionsstandorte liegen in Trümmern.
- Eine politische Kultur nachhaltig schlechter Regierungsführung führte bis Kriegsende zu akkumuliert hohen Defiziten des öffentlichen Haushaltes, jährlichen Inflationsraten von 900% und zu einer Überbewertung der nationalen Währung von bis zum 6-fachen Wert des „Schwarzen Marktes“.
- Ein boomender Export von Erdöl und Diamanten, der für 98% der Exporterlöse sorgt, verhindert ein wirkliches Interesse der Eliten an einer Entwicklung der Binnenwirtschaft.
- Die öffentlichen Einnahmen hängen mit fast 70% am Tropf der Erdölförderung.
- Ein allgegenwärtiger Staatsapparat verzehrt etwa 60% des erwirtschafteten Sozialproduktes.
- Zinssätze von jährlich 200% würgen jegliche Initiative zu Investitionen ab.
- Einzig eine von Krieg verschonte Öl- und Diamantenwirtschaft sorgte selbst in Zeiten der Misswirtschaft für positive Wachstumsraten von etwa 5% pro Jahr.

Zugleich existiert die Hoffnung auf Friedensdividende mit ersten sich herausbildenden Ergebnissen:

- Die makroökonomischen Rahmendaten verbessern sich seit Kriegsende stetig.
- Ein Prozess der nationalen Versöhnung als Vorbedingung für den wirtschaftlichen Aufbau und die Entwicklung des Landesinneren beginnt in ersten Ansätzen.
- Es beginnen erste ernsthafte Debatten über eine Verringerung der Dominanz des Staates und einer Entwicklung der wirtschaftlichen Potenziale des Landes.
- Der Frieden ermöglicht erstmals eine Öffnung der Regierungsakteure im Hinblick auf Themen einer verbesserten Regierungsführung.
- Einflussreiche gesellschaftspolitische Akteure mischen sich konstruktiv ein in den Gestaltungsprozess der zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes.

Ein kurzer Blick in die Geschichte: Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts eroberten die Portugiesen das gesamte Gebiet des heutigen Angola, obwohl sie bereits 1576 Luanda als ersten Stützpunkt an der Küste gründeten. Hier entstand im Laufe der Jahrhunderte eine gemischte Gesellschaft mit eigenen Interessen auf der ertragreichen Basis der Ressourcen des Binnenlandes - und hier, bis Ende des IX. Jahrhunderts hauptsächlich Sklavenhandel. Etwa ab 1885, im Zuge der europäischen Kolonisierung Afrikas, begann auch für Angola das eigentliche Kapitel der Kolonisierung. 1951 erhielt die Kolonie gar den Status einer Überseeprovinz. Portugal beförderte die Besiedlung und landwirtschaftliche Nutzung des fruchtbaren Hochlandes und gründete die Städte des Innenlandes. Erzeugt wurden in erster Linie Marktfrüchte für den Export, wie Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, Bananen, Holz und Tabak, aber auch Mineralien, vor allem Eisenerz und Kupfer. Es entstand eine beachtliche Leichtindustrie, sowohl zur exportorientierten Weiterverarbeitung von Grundstoffen, wie für die Papierherstellung, Speiseöl, Fischkonserven, aber zunehmend auch für den lokalen Markt.

1961 begann der Kampf um die Unabhängigkeit. Nach der Nelkenrevolution 1974 in Portugal wurde Angola in die Unabhängigkeit "entlassen". Der Abzug der Portugiesen war chaotisch, und die Folgen waren verheerend. Für die Übernahme sowohl der Staatsgeschäfte und der Verwaltungsstrukturen als auch der Wirtschaft fehlte fast das gesamte Humankapital. Was übrig blieb, wurde durch einen Bürgerkrieg zerstört, dessen ideologisch verbrämte Rechtfertigungen die wahren Hintergründe und Auswirkungen verschleierten. Die internationalen Sympathisanten sahen darüber hinweg, dass die Waffenbrüderschaft der Regierung mit sozialistischen Staaten auch dazu diente, die ab Mitte der 70er Jahren blühenden Erdölgeschäfte mit internationalen, darunter vorrangig amerikanischen Erdölkonzernen militärisch abzusichern. Die Truppen des geächteten Kuba dienten diesen Konzernen faktisch als Sicherheitsdienst gegen Angriffe

der von den USA und Südafrika unterstützten UNITA - eine schwer zu überbietende Ironie der "Realpolitik".

Alle wirtschaftlichen und sozialen Missstände wurden dem Krieg zugeschrieben. Hinter dieser Fassade eines permanenten Ausnahmezustandes verbargen sich aber zwei sich gegenseitig bedingende Hintergründe. Unter dem ideologischen Mantel eines "marxistisch-leninistischen" Entwicklungsweges etablierte sich eine das Land von Luanda aus autoritär kontrollierende *Petro-Nomenclatura*, die sich nach der Auflösung der bipolaren Weltstruktur großem Anpassungsdruck an die neuen Spielregeln ausgesetzt sah. Förderlich für die Anpassungsleistung war der Sachverhalt, dass die Erdöleinkünfte unverändert, ja zunehmend sprudelten. Während der 90er Jahre gelang reibungslos die Privatisierung des "staatssozialistischen Erbes" durch Aneignung seitens der herrschenden Gruppen. Die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat wurde weiter eingeschränkt, obwohl die Einkünfte aus dem Erdölsektor anstiegen. Die Primarschulversorgung ist heute schlechter als in der Kolonialzeit. Dafür zählt Luanda aber zu den Städten der Welt mit der wohl größten Dichte von Luxus-Geländefahrzeugen.

Exkurs: Die Erdölindustrie ist fast 50 Jahre alt aber erst 1973, mit Offshorefunden vor Cabinda, begann der Boom. Heute ist Angola nach Nigeria der zweitgrößte Öllieferant im Afrika südlich der Sahara. Das angolische Öl gilt als besonders hochwertig und wird ausschließlich offshore gefördert. Dies verhindert einerseits Land- und Umweltkonflikte wie in Nigeria, unterstreicht aber auch den Charakter einer vom Land fast total abgekoppelten Enklavenwirtschaft. Dieser "upstream"-Teil der Ölindustrie war vom Krieg in keiner Weise betroffen. Allein die großen Firmen *Agip, Chevron, Elf, und Texaco* haben in diese "upstream"-Industrie 8 Milliarden USD investiert. Hinzu kommen 30 weitere Firmen, die in Konsortien tätig sind. Das Ölministerium reguliert den gesamten Sektor und die 1976 gegründete Staatsfirma *Sonangol* ist als alleiniger Lizenzgeber an

allen Förderungen beteiligt. Sie betreibt in Partnerschaft mit der belgischen *Petrofina* die Verarbeitungsindustrie und Verteilung innerhalb Angolas. Der begrenzte Binnenmarkt und die schlechte Infrastruktur behindern ausländische Investitionen. Der gesamte "downstream"-Sektor wurde durch den Krieg stark mitgenommen. Eine lokale Zulieferung besteht nicht. Die großen Ölfirmen werden hierzu weder durch den Staat aufgefordert noch durch sozialen Druck dazu getrieben, da die Förderung ja offshore, also für die Bevölkerung praktisch nicht wahrnehmbar erfolgt. Auch die im Lande tätigen ausländischen Mitarbeiter der großen Ölfirmen leben in der Regel abgeschlossen in Hochsicherheits-Wohnsiedlungen. Die angolische Ölindustrie operiert somit wie auf einem fremden Stern und dient einzig als Dukatenesel.

Die Lebenswelten der reichen Eliten. Der Anspruch, die Entwicklung Angolas nach der Unabhängigkeit von Portugal durch staatliche Planung unter Führung der MPLA "sozialistisch" voranzutreiben, führte über die Jahre zur Bildung eines klientelistisch gesteuerten Staatsapparates. Die Kontrolle des Wechselkurses auf einem völlig überbewerteten Niveau bis Ende der achtziger Jahre hat unternehmerische Aktivitäten im Keim erstickt und wirtschaftlichen Erfolg vom "politischen" Zugang zu Devisen abhängig gemacht. Der angolische Staatssozialismus war aber insofern ein vergleichsweise "weiches" Regime, als die Ausgaben des Staatsapparates sich auf die Einnahmen aus der Erdölförderung stützen konnten und die Regierung zur Kriegsfinanzierung nicht darauf angewiesen war, Steuern einzutreiben.

Die Entscheidungen über die Verwendung der Erdöleinnahmen wurden in einem intransparenten Verfahren von einer kleinen Führungsschicht getroffen. Mit der Zuteilung von Devisen wurde der gesamte Wirtschaftsprozess gesteuert. Die Wechselkurspolitik war die Hefe der sich ausbreitenden Korruption. Sie war der Schlüssel zur Bereicherung und machte Doppelrollen in Bürokratie und Wirtschaft zur

Regel. Im Ergebnis war Angola bereits vor dem politischen und ökonomischen Paradigmenwechsel durch eine extrem ungleiche Verteilung der Einkommen gekennzeichnet. Inzwischen haben Privatisierung und Liberalisierung dem Reichtum jeden Makel genommen, sodass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse weiter polarisieren. Die Weltbank schätzt, dass nur ein Drittel aller Kinder eine Primarschule besucht. Die Rate der Kindersterblichkeit ist die höchste weltweit. Von 1000 Kindern sterben über zweihundert in den ersten fünf Lebensjahren. Die Lebensverhältnisse der meisten Angolaner haben sich trotz umfangreicher internationaler humanitärer Hilfe und steigenden Exporteinnahmen in den letzten zehn Jahren verschlechtert. Auf dem Index der Humanentwicklung der VN rutscht Angola stetig nach unten und nähert sich mit Platz 166 dem Schlusslicht der 177 bewerteten Länder. Basierend auf den Erdöleinkünften beschränkt sich die binnenwirtschaftliche Entwicklung in erster Linie auf urbane Dienstleistungen für den Konsum der reichen Elite.

Die **Beendigung des Krieges** im Februar 2002 veränderte allerdings die Spielregeln. Das internationale Publikum ist der Kriegsbilder müde und bewertet die Friedensperspektiven mit Optimismus. Geberprogramme zur Bearbeitung von Nachkriegsstrukturen werden aufgelegt, Kämpfer werden entwaffnet und mit mehr oder weniger großen Hilfspaketen in die Zivilgesellschaft entlassen. Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank werden verstärkt vorstellig, um sicherzustellen, dass die Regierung nunmehr die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte einhält. Dies zeigt Wirkungen, die zur erstmaligen Anwendung "rationaler" Wirtschaftspolitik der Regierung führten.

Die makroökonomischen Daten zeigen so auch in eine richtige Richtung, denn es gibt klare Tendenzen einer Stabilisierung. Auch in Angola wirken die bekannten - und notwendigen - Sanierungsrezepte der internationalen Finanzinstitutionen. Vordergründig erleichtert wird dies durch satte Einnahmen aus Öl- und

Diamantenförderung, welche nun nicht mehr allein zur Finanzierung der Kriegsmaschine dienen müssen. Als Ergebnis verschwand die Parallelbewertung der Währung und die Inflation konnte von fast 300% zu Ende der 90er auf etwa 75% im Jahre 2003 reduziert werden. Dies aufgrund massiver Interventionen der Zentralbank, welche die Währung durch Devisenverkäufe in Höhe von fast 4 Mrd. USD seit dem Jahre 2000 stützt. Ein weiterer Indikator makroökonomischer Ordnung ist das Defizit des Staatshaushaltes, welches 2003 auf befriedigende 7% reduziert wurde. Die Staatsquote sinkt stetig, beträgt aber immer noch mehr als 40% - alleine der Anteil der Entlohnung der Staatsbediensteten beläuft sich auf 15% des BSP.

Auf dem internen Kapitalmarkt entsteht größerer Spielraum für Kreditaufnahmen für lokale Investitionen, da der Druck der Nachfrage des Staates erheblich verringert wurde. Die internationale Verschuldung konnte im Gefolge der Steigerung der Öl- und Diamantenproduktion stetig verringert werden, sie beträgt etwa 70% des BSP. Nur, **die strukturellen Defizite** bestehen unverändert weiter. Die Interventionen der Zentralbank führen zu einem Entzug von Mitteln, die für produktive Investitionen nicht verfügbar sind.

Die Zahlungsbilanz ist zwar einigermaßen ausgeglichen, weist in ihrer Struktur aber eindeutig auf die verzerrende Abhängigkeit von Öl- und Diamantenexporten – diese betragen 98% der gesamten Ausfuhren. Die Erlöse dienen in erster Linie der Finanzierung von Staatsausgaben, Schuldendienst und dem Import von Konsumgütern. Damit stehen sie aber für Zukunftsinvestitionen kaum zur Verfügung.

Der boomende Öl-Exportsektor verhindert das wirkliche Interesse der Eliten an einer Wirtschaftspolitik, die auf die Entwicklung der Binnenwirtschaft zielt. Gleichzeitig sind die wirtschaftlichen Perspektiven des Erdöls im Verhältnis zu den Bedürfnissen des Landes jedoch nicht so, dass sich das Land in einen sozialen Erdölrentenstaat nach dem Vorbild des saudischen Herrschaftsclans transformieren ließe.

Die strukturellen Verzerrungen werden auch deutlich durch die geringen Anteile des

Agrarsektors (8%) der industriellen Produktion (4%) und des Bausektors (3%) an der wirtschaftlichen Gesamtleistung des Landes.

Auch für Angola gilt, dass eine gesunde Makroökonomie zwar wichtig ist, aber nicht satt macht. Die Sanierungskosten gehen eindeutig zulasten der Ausgaben für den sozialen Bereich und den Wiederaufbau des verwüsteten Landes. Die Finanzierung dieser Aufgaben wird zum großen Teil auf die internationale Gebergemeinschaft abgewälzt.

Die Ursachen der Unterentwicklung Angolas liegen aber tiefer. *„Entwicklung ist sehr viel mehr als wirtschaftliches Wachstum. Die Wirtschaft Angolas wächst alleine durch das Anstecken eines neuen Ölfeldes. Damit dies sich aber in Entwicklung umsetzt, benötigt es anderer Voraussetzungen. Die grundlegenden Veränderungen sind langfristiger Natur und liegen vorwiegend auf der Ebene von Verhaltensänderungen. Unter realistischer Einschätzung können 50 Jahre Entwicklungsrückstand infolge von 30 Kriegsjahren kaum in weniger als 20 Jahren aufgeholt werden. Ein neues Nachkriegskapitel kann nur dann erfolgreich geschrieben werden, wenn sich Einstellungen und Verhalten grundlegend von denen der Vergangenheit lösen.“*¹

Ein schwieriges Erbe ist die Kluft zwischen dem potentiellen Reichtum des Landes und einer effektiv armen Bevölkerung, zwischen der hoch entwickelten Enklavenwirtschaft des Öls und einer Unterentwicklung der gesamten restlichen Wirtschaft, verschärft durch eine tief greifende strukturelle Disparität zwischen der Entwicklung des Küstenstreifens - insbesondere Luandas - und des Binnenlandes. Diese Disparität war im Übrigen einer der Hauptgründe für den jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt.

Zusätzlich zu den sektorialen und räumlichen Defiziten existieren weitere strukturelle Schwächen in Form produktivitätsvermeidender Praktiken der öffentlichen Verwaltung, des Justizsystems, eines desolaten Bildungs- und

¹ Aus der Einleitung des Jahreswirtschaftsberichtes 2003 des „Centro de Estudos e Invesitgação Científica“ der katholischen Universität von Angola.

Gesundheitssystem, eines nicht funktionierenden Binnenmarktes und schwach ausgeprägter Privatinitiative. Hinzu gesellt sich das sehr delikate Problem der Intransparenz in der Handhabung der Einnahmen aus dem Öl- und Diamantengeschäft. Dies alles im Verbund mit einer bisher weitgehend vom Weltgeschehen abgeschlossenen Gesellschaft beschreibt den Fächer der für die zukünftigen Herausforderungen entscheidenden Faktoren.

Die Signale weisen aber trotz dieser aufgezeichneten strukturellen Defizite in eine positive Richtung.

Die politische Dimension: Trotz des langjährigen bewaffneten Konfliktes behielt Angola eine relative soziale Stabilität im Kontext eines Ein-Parteiensystems. Es gab keine gewaltsame Machtübernahmen, und Angola kann keineswegs zu den „zerfallenden Staaten“ Afrikas gerechnet werden. Dies ermöglichte unter anderem auch eine stetige Entwicklung des Ölsektors, welcher trotz des Krieges und aller bestehenden Strukturprobleme problemlos funktionieren konnte.

Der erste Anlauf zum Frieden im Jahr 1992 brachte als Ergebnis eine tief reichende Reform des Staates mit einer erstmaligen Trennung der Verfassungsorgane und der Etablierung eines Mehrparteiensystems. Doch kurz nach den ersten demokratischen Wahlen von 1992 griff die UNITA erneut zu den Waffen, und erst 2002 konnte der Konflikt durch einen militärischen Sieg der Regierungstruppen beendet werden. Parallel zu ihren militärischen Strukturen unterhielt die UNITA einen politischen Arm, mit dem sie seit 1997 – und bis heute - an der „Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung“ beteiligt ist.

Die innenpolitische Lage ist zwei Jahre nach Kriegsende so stabil, dass ein Rückfall in bewaffnete Auseinandersetzungen als sehr unwahrscheinlich angesehen werden kann. Die einstigen bewaffneten Rebellenparteien UNITA und FNLA unterstützen das Friedensabkommen entschieden und haben sich als ernstzunehmende Parteien und parlamentarische Opposition etabliert.

Es gibt eine Reihe von politischen Risiken, wie die dramatische humanitäre Lage der Vertriebenen, sowie die fehlende Hilfe zur Integration der ehemaligen UNITA-Kämpfer. Dieser Zündstoff wird aber innerhalb der kommenden zwei Jahre mit massiver Hilfe des Auslandes weitgehend entschärft werden können.

Es findet ein politischer Verständigungsprozess statt, der zu einer grundsätzlichen Vereinbarung führte, im Jahre 2006 Parlaments- und ein Jahr darauf Präsidentschaftswahlen durchzuführen. Es wird damit gerechnet, dass die regierende MPLA einen bequemen Sieg einfahren wird – allerdings weniger aus Gründen programmatischer Stärke und Überzeugung, sondern vor allem wegen Zersplitterung und programmatischer Leere der Oppositionsparteien. Die UNITA ist zu sehr mit sich selbst beschäftigt und hat es noch nicht vermocht, sich programmatisch klar zu positionieren. Eine Kontinuität der regierenden MPLA kann als stabilisierend angesehen werden, insbesondere wenn es ihr gelingt, den erneuernden Nachwuchskräften Raum zur Entfaltung zu geben.

Gute Regierungsführung, Transparenz und Strukturreform des Staatswesens werden auch in Angola zunehmend als Grundvoraussetzung für den Wiederaufbau und für wirtschaftliche Entwicklung anerkannt. Insbesondere die Weltbank garniert ihre "Strukturanpassungsprogramme" mit diesen Elementen, und die internationale Gebergemeinde fordert eine aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft in ihre Förderprogramme. Wirkungen zeigt dies aber (noch) wenig, auch weil die Frage nach der Ehrlichkeit dieser Forderungen der ausländischer Geber berechtigt erscheint. Der unerschöpfliche Importbedarf der USA an Erdöl garantiert eine starke Expansion des Exportsektors überall dort, wo es kostengünstig erschließbare Reserven gibt. Die lokalen Verantwortlichen können auf amerikanisches Wohlwollen rechnen, solange man die internationale Ölindustrie weitgehend gewähren lässt. Gute Aussichten also für die Regierung Angolas, dass sich die

amerikanische Regierung bei Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten, nach Armutsbekämpfung und strukturellen Entwicklungsanstrengungen zurückhalten wird, zumal die Ölfelder außerhalb der Reichweite möglicher sozialer Unruhen vor der Küste liegen.

Allerdings hat sich auch in Angola eine lebhafte Zivilgesellschaft gebildet, die ihre Forderungen nach Partizipation und Transparenz zunehmend wirkungsvoll in den politischen Prozess einbringt. Ein sichtbares Ergebnis ist eine langsame Öffnung der Regierungspartei MPLA, die Ihren Beitrag in Form eines mit Spannung erwarteten Szenariums zur Entwicklung Angolas in den nächsten 20 Jahren leisten will.

Große Defizite bestehen in der wirksamen **Etablierung rechtsstaatlicher Institutionen**. Es bestehen zwar die formalen Gerüste, aber diese sind nicht tragfähig oder im Landesinneren gar nicht existent. Das Höchste Gericht, das „*Tribunal Supremo*“, ist zugleich für Verfassungsfragen zuständig, da sich das Verfassungsgericht seit seiner Einführung in 1992 nie konstituiert hat. Ein „Ombudsman“ als Wächter der Bürgerrechte und -freiheiten ist zwar vorgesehen, wurde aber bisher nicht berufen. Seine Funktionen werden formal derzeit vom Generalstaatsanwalt wahrgenommen. Seit dem Jahre 2000 existiert ein „Rechnungshof“, der die ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Budgets überwachen soll, aber bisher eher im Verborgenen wirkte. Das 1996 gegründete „Hohe Amt gegen Korruption“ wurde bis heute nicht besetzt.

Perspektiven der regionalen Integration und internationalen Kooperation.

Angola erhebt einen politischen Führungsanspruch in Afrika, der kaum den Realitäten seiner nur schwachen wirtschaftlichen und politischen Integration in der Region entspricht. Ungebrochen ist die kulturelle Zuwendung zur lusophonen Welt, insbesondere zu Portugal und zunehmend zu Brasilien. Beide Länder sind auch die wichtigsten Handelspartner außerhalb des Mineralsektors. Dieser Anspruch hat seinen Ursache auch in dem Selbstbewusstsein der

Angolaner, einen Bürgerkrieg aus eigener Kraft beendet zu haben und über einen kampferprobten Militärapparat zu verfügen, der zu Interventionen in der krisengerüttelten Region bereit steht.

Führende „*Global-Player*“ zeigen offen ihr großes wirtschaftsstrategisches Interesse an Angola. So deklarierten die USA, ihren zukünftigen Ölverbrauch zu 10% aus angolanischen Quellen decken zu wollen. Überraschend erscheint China als neuer Akteur auf der Bühne. Wer meinte, dass nur die traditionellen Kolonialmächte ein Monopol auf interkontinentale „Interessenpolitik“ haben, wird mit der Vergabe eines USD 2-Milliarden-Kredits Chinas an Angola eines besseren belehrt. Die Regierung ist erfreut, denn hier fordert niemand „Gute Regierungsführung“ von ihr ein. Natürlich entspricht dieser Kredit keinen altruistischen Motiven, sondern dem Hunger nach Zugang zu strategischen Rohstoffen. Und selbstverständlich ist alles liefergebunden, obwohl die „Verpackung“ bedeutende Investitionen in die Infrastruktur des Landes verspricht. Chinesische Gesichter im Stadtbild Luandas sind nicht mehr fremd, und es wird bereits die Angst vor einer massiven chinesischen Immigration in dieses weite und fruchtbare Land artikuliert.

Perspektiven der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Häufig ist zu hören, dass Angola über alles verfüge, was ein Land zu einer erfolgreichen Entwicklung benötigt. Es wird auf die zahlreichen Bodenschätze verwiesen, von denen zum Beispiel die Diamanten sogar ohne große Kapitalinvestitionen abgebaut bzw. gewaschen werden können. Das Land verfüge über gute Böden und klimatische Voraussetzungen für eine leistungsfähige Landwirtschaft, außerdem sei es mit gut 12 Millionen Einwohnern nicht zu dicht besiedelt. Diese Art der Betrachtung ist aber eindimensional und übersieht, dass der Mensch der entscheidende Faktor ist, um Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen und Wohlstand zu schaffen.

Die Entwicklung des **industriellen Sektors** ist begrenzt. Die wichtigsten Produkte der verarbeitenden Industrie sind Getränke und

Lebensmittel wie raffinierter Zucker, Fischmehl, Mehl und Bier. Außerdem werden Textilien, Zement, Glas und chemische Produkte hergestellt. Ein urbaner "informeller Sektor" ist kaum wahrnehmbar vorhanden.

75 % der Erwerbstätigen sind in der **Landwirtschaft** beschäftigt - vorwiegend in der Subsistenzwirtschaft -, obgleich nur 2,4% der Gesamtfläche Angolas Ackerland sind. Kaffee, das wichtigste Exportgut, wird in den nördlichen Landesteilen angebaut. Die Produktion ging jedoch wie bei allen anderen Anbaufrüchten aufgrund des Krieges drastisch zurück. 2003 wurden nur 2.160 Tonnen Kaffee produziert, während es in den frühen achtziger Jahren noch über 20.000 Tonnen waren. Das wichtigste Agrarerzeugnis für den Eigenbedarf ist Maniok. Weitere wichtige Anbaufrüchte sind Zuckerrohr, Bananen und Mais. Die Produktion von Gemüse, Baumwolle, Palmenprodukten und Sisal ist ebenfalls von Bedeutung und seit kürzerer Zeit das Ziel ausländischer Investoren, vorwiegend rückkehrende Portugiesen aber auch aus Israel. Die vor allem im Süden des Landes betriebene Viehzucht ist Teil der Subsistenzwirtschaft.

Angola verdankt seinen großen Fischreichtum dem an seiner Küste vorbeiziehenden kalten Benguelastrom. Der **Fischfang** ist traditionell ein wichtiger Erwerbszweig und wird auf kommerzieller Ebene weiter ausgebaut. Der Fang besteht in erster Linie aus Makrelen und Sardinen. Namibe und Lobito im Süden sind die Hauptfischereihäfen.

Die großen Regenwälder Cabindas sowie der nordwestlichen Landesteile liefern große Mengen an **Holz**, zur vorwiegenden Verwendung als Brennmaterial.

Das Land ist äußerst reich an **Bodenschätzen**, und weitere geologische Forschungen versprechen, die Liste der bereits bekannten mineralischen Rohstoffe noch zu vergrößern. Diamanten sind nach Öl der zweitwichtigste Rohstoff, gefolgt von den bisher kaum gehobenen Bodenschätzen Eisenerz, Mangan, Kupfer, Uran, Phosphate und Salz. Eisenerz wird seit 1975 nicht mehr in großem Umfang abgebaut, da zu Beginn des Bürgerkrieges die Bergwerke zerstört

wurden. Die Gasproduktion konnte trotz der Beschädigung der Anlagen durch den Bürgerkrieg aufrechterhalten werden.

Zukunftsprognosen über die wirtschaftliche Entwicklung Angolas leiden an fehlender Zuverlässigkeit verfügbarer Daten und Statistiken. Wirtschaftswissenschaftler des „Centro de Estudos e Investigação Científica“ der Katholischen Universität von Angola erstellten zwei Szenarien zur makroökonomischen Entwicklung:

(a) **Das erste Szenarium** legt das Schwergewicht auf die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft mit einer Integration der verschiedenen Sektoren im Kontext einer gerechteren Verteilung der Ergebnisse und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Dieses Szenarium beruht auf einer vorrangig „endogenen Entwicklung“ der Sektoren außerhalb der Öl-Enklavenwirtschaft, unter Einsatz von Anreizen, die aber nicht marktverzerrend wirken sollen. Entsprechend diesem Modell wird ein BSP-Wachstum bis 2007 von 65% erwartet, mit Steigerungen im Bereich von Landwirtschaft und Industrie von 130%, Öl von 60% und Diamanten von 20%. Die Beteiligung des gesamten Nichtmineralsektors am BSP erhöht sich von 25% in 2004 auf 35% in 2007. Öl- und Diamantenwirtschaft leisten aber auch hier noch einen Beitrag von 48% zum projizierten BIP.

(b) **Das zweite Szenarium** beruht auf der Annahme einer Kontinuität des bestehenden Entwicklungsmodells, mit dem Verbleib des Schwergewichtes auf der Enklavenwirtschaft (Öl und Diamanten). Die Entwicklung der übrigen Wirtschaftssektoren verbliebe somit in Händen der „spontanen Kräfte des Marktes“. Das nach diesem Modell errechnete BSP-Wachstum läge nur bei 44%.

Wenn auch das erste Szenarium sehr viel attraktiver erscheint, bleiben Fragen im Hinblick auf dessen Realisierbarkeit offen. So ist noch sehr unklar, wie ein Ausgleich zwischen wiederstrebenden Modellen der Importsubstitution und Marktöffnung erzielt werden kann. Des Weiteren erfordert diese Alternative ein hohes Maß an Kohärenz und politischem Willen zu ihrer Durchsetzung. Dies erscheint aus der jetzigen Sicht aber nur

Die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung Angolas
nach dem Ende des Bürgerkrieges

/ 8

schwer vorstellbar, was den Schluss nahe legt, dass das zweite Szenarium die wahrscheinlichere Variante darstellt – auch weil man davon ausgehen kann, dass die Internationalen Finanzinstitutionen (WB und IWF) dieses eher „neoliberale“ Konzept bevorzugen werden.
